



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Nachwort von Otto Hoetzsch

[urn:nbn:de:hbz:466:1-77071](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-77071)

N a c h w o r t
V o n O t t o S o e s s e

| | |
|---|-----|
| Die orientalische Frage im letzten Jahre vor dem Weltkriege | 311 |
| Aus dem fernen Osten und Nordamerika | 321 |
| Innenpolitisches aus den Hauptländern in der Wir- kung nach außen | 325 |
| Bündnisbeziehungen in Europa im letzten Jahre vor dem Weltkriege und bei seinem Ausbruch | 329 |
| Schluß | 338 |

So weit konnte Heinrich Friedjung sein Werk führen. Nur verhältnismäßig wenig schien denen, die um seinen wissenschaftlichen Nachlaß sorgten, zu fehlen: die Zeit vom Bukarester Frieden bis zum Attentat von Serajewo oder bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Aber es zeigte sich, daß die Lücken auszufüllen schwierig, ja unmöglich war. Vielleicht hat Friedjung selbst nicht bemerkt, daß er den Faden der fernöstlichen und nordamerikanischen Vorgänge, die doch in einem Werk über das „Zeitalter des Imperialismus“ wahrhaftig nicht fehlen dürfen, mit 1905, mit dem Frieden von Portsmouth, fallen gelassen und, abgesehen von der kurzen Erwähnung der chinesischen Revolution (III 94ff.), nicht wieder aufgenommen hat. Es kann aber auch seine wissenschaftliche Absicht gewesen sein, wenn er so vorging: zu sehr drehte sich für ihn wie für Europa doch alles um die alte orientalische Frage, an deren aufgehäuften Zündstoff der Weltkrieg auch zur Explosion kam. Aber jene Lücke ausführlich auszufüllen —, die Liquidierung des russisch-japanischen Gegensatzes, die Fragen der Mandchurei und der Mongolei, die innere Entwicklung Chinas, den japanischen Imperialismus zwischen 1904 und 1914 mit den Voraussetzungen seines Entschlusses, sich am Weltkriege zu beteiligen, den nordamerikanischen Imperialismus, Panamakanal und Mexiko, pazifische Probleme und Monroedoktrin, die Wirkung der Fragen des fernen Ostens (Mächteanleihe, Eisenbahnkonzessionen) auf das europäische Bündnisystem —, alles dieses ausführlich zu schildern, hätte den Rahmen des Werkes, wie es hinterlassen war, gesprengt.

Noch mehr: auch die detaillierte Schilderung des Jahres 1913/14 und des Kriegsausbruches ließ sich nicht durchführen. Denn das alles

ist uns immer mehr unter die Frage der „Kriegsschuld“ getreten. Sie ist in einem solchen Werk gewiß scharf zu präzisieren, kann aber nicht ausführlich behandelt werden. Das hätte erst recht die Anlage des Ganzen verschoben und ein Werk, das eine im ganzen abgeschlossene Periode schildern und das dauern will, zu stark mit noch strittigen Fragen belastet. Auch für Friedjung, hätte er länger gelebt, hätte sich immer mehr alles unter den Gesichtspunkt der Kriegsschuld gestellt, vor allem angesichts des gewaltigen Materials, das nach seinem Tode erschienen ist. Im Entwurf eines Schlußkapitels (Rückblick und Ausblick) hat er die Probleme der Kriegsschuld und des Kriegsausganges ganz allgemein gestellt und seinen Standpunkt dazu sehr bestimmt genommen. Wie er das im einzelnen begründet hätte, wissen wir nicht. Die Bearbeiter konnten das nicht für ihn tun, zumal schließlich auch, je größer die Distanz wird und je stärker man in dem wissenschaftlich-politischen Kampfe um die Kriegsschuldfrage steht, von selbst Einstellung und Ton anders geworden wären.

Wenn sich also der Schluß des Werkes nicht allzusehr von dem übrigen unterscheiden sollte, so konnte lediglich ein bescheidenes Nachwort gegeben werden, das die Ereignisse mehr nur registriert, die einzelnen Geschehnisse, die Vorbereitungen und Voraussetzungen des Weltkrieges, soweit sie sich 1913 und 1914 abgespielt haben, zusammenfaßt. Allerdings mit einer bestimmten Stellungnahme, von der gesagt werden kann, daß sie sich in den großen Zügen sicherlich mit der Friedjung deckt, der dem Bearbeiter mehrfach seine Übereinstimmung zu den von ihm an anderer Stelle dazu entwickelten Gedanken ausgesprochen hat. Von selbst ergab sich dann, daß der Schluß wieder einmündete in die klassische Einleitung Friedjung zum 2. Bande dieses Buches über den Imperialismus, der über die Weltwirtschaft und die Weltpolitik in den Weltkrieg geführt hat — ein wahrhaft imperialistischer Krieg von seiten der Russen, der Engländer, der Japaner, der Italiener und schließlich auch der Franzosen, gegen den sich das Weltmachtsstreben der Deutschen, innerlich ebensogut berechtigt wie das der anderen, zur Wehr zu setzen hatte!

*

Die orientalische Frage im letzten Jahre vor dem Weltkriege

Der dritte Balkankrieg hatte die bestehenden großen Gegensätze noch einmal von dem Zusammenstoß abgelenkt, aber er hatte die elektrische Spannung nicht beseitigt, die über Europa lag. Im Hinblick auf die Verhandlungen mit England schätzte man diese in Deutschland nicht ernst genug ein; auch das ist ein Beweis für Deutschlands Friedensliebe und gegen Deutschlands Kriegswillen, daß man hier immer gern bereit war, an „Entspannungen“ und dergleichen zu glauben. In ihren Reden im November und Dezember 1913 sprachen die leitenden Staatsmänner ihre Befriedigung aus, daß es gelungen sei, das europäische Konzert durch die ganze orientalische Krisis hindurch zu erhalten. Aber bereits im Januar 1914 war das drückende Gefühl wieder vorhanden von Symptomen, die auf Sturm deuteten.

Die albanische und die armenische Frage, die Angelegenheit der deutschen Militärmission in Konstantinopel, die Gegensätze unter den Balkanstaaten und Besorgnisse vor dem Ehrgeiz und der Willenskraft Enver Paschas beunruhigten Europa.

Mehr noch das unbestreitbare Gefühl, daß der russisch-österreichische Gegensatz sich erneut verschärft hatte, anders gewendet, daß der Mißerfolg der russischen Politik auf dem Balkan diese gefährlich weitertreiben würde. Denn den Wünschen Rußlands entsprach dieser Ausgang des Balkankrieges nicht. Der Balkanbund war zusammengebrochen, Rußlands Berechnung hatte sich als falsch erwiesen, daß es in ihm ein geeignetes Instrument habe, die türkische Frage endgültig zu lösen. Der Wille dazu war aber in Rußland immer stärker und ausgesprochenener geworden, der Wille zur Lösung gegen ein Österreich, das man für innerlich morsch hielt, und gegen ein Deutschland, das, mit Österreich unlösbar verbunden, sich immer tiefer in die orientalischen Dinge eingelassen hatte. Raum ist es notwendig, das Wort abermals anzuziehen, daß für Rußland der Weg nach Konstantinopel über

Berlin führe. Friedjungs Schluffsätze geben treffend die Lage wieder: fieberhaft arbeitete man in Rußland daran, die Scharte auszuweken, durch militärische Rüstungen, durch die panslawistische Heze, durch die mit ihr verbundene Politik, in der vor allem der russische Gesandte in Belgrad, Herr von Hartwig, geradezu Mittelpunkt einer panslawistisch-großserbischen Agitation war. Denn nach Serbien hatte sich nunmehr der Stützpunkt der russischen Balkanpolitik verlegt, die sich immer mehr mit der großserbischen Agitation identifizierte, und deren Ziele waren nur mit der Zertrümmerung Osterreich-Ungarns realisierbar.

Für Rußland kam es darauf an, die größer und selbständiger gewordenen Balkanstaaten auszunutzen und, wenn möglich, den Balkanbund unter ihnen zu erneuern. In diesem Streben reichten sich Rußland und Frankreich die Hand, um mit Hilfe dieser Balkanstaaten den Ring um Mitteleuropa, um die Zentralmächte, wie man dann im Kriege sagte, zu schließen.

Wie stellte sich England dazu? Es hatte in der letzten Zeit in der orientalischen Frage eine Politik getrieben, die den Frieden erhalten wollte oder jedenfalls erhalten zu wollen schien. Aber die Balkankriege hatten zum Zusammenbruch und zur Verkleinerung der europäischen Türkei geführt. Immer stärker verschob sich damit das Schwergewicht der orientalischen Frage nach ihrer asiatischen Seite. In früheren Orientkrisen war diese asiatische Seite immer nur nebenbei zu behandeln gewesen. Jetzt hatte sie größte weltpolitische Bedeutung gewonnen. Denn hier stieß das Machtstreben von drei Großmächten zusammen. Der alte Gegensatz zwischen England und Rußland, aus Englands Sorge vor russischer Bedrohung Indiens erwachsen, schien zwar gebändigt; natürlich war er noch da, aber er war zunächst vertagt. Dafür war Deutschland beiden in die Quere gekommen, mit dem Bau der Bagdadbahn, deren Linie nach dem Persischen Golfe die große englische Tendenz auf eine Landverbindung zwischen Indien und Ägypten durchschnitt, und mit seiner Politik für eine militärisch starke und politisch geordnete Türkei, die direkt gegen Rußlands klar zutage liegende Ambitionen ging.

War für Deutschland die Lage so schon schwierig genug, wurde sie für es noch unangenehmer eben durch den Zusammenbruch der europäischen Türkei, so war der Ausgang des dritten Balkankrieges insofern noch bedenklicher, als aller Welt dabei die Uneinigkeit innerhalb des Dreibundes vor Augen getreten war. Die Welt hatte den Eindruck, daß der Dreiverband geschlossen vorgegangen war, und der Dreibund verlor an Ansehen, weil jede Macht im Dreibund ihre Wege für sich ging. Bei Italien war das nichts Neues; es freute sich geradezu über die serbischen Siege, in denen es eine Schwächung Österreichs sah. Aber auch Deutschland und Österreich waren politisch nicht einig gewesen. Österreich hatte, traditionell begründet und auch an sich richtiger, das Gegengewicht gegen Serbien in Sofia gesucht. Deutschland dagegen legte, weil Rumänien der Bundesgenosse des Dreibundes war, obwohl es wegen der ungarisch-rumänischen Feindschaft im scharfen Gegensatz zu Österreich stand und überhaupt zum Dreiverband neigte, den größeren Wert auf Bukarest, demnächst auf Athen. Hier wurde auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Königs Konstantin mit dem deutschen Herrscherhause gerechnet, obwohl Konstantins Vater der Bruder der englischen Königinmutter und der russischen Kaiserinmutter war, obwohl Konstantins Mutter eine russische Großfürstin war und überhaupt seine dänisch-russischen Familienbeziehungen umfassender waren als die mit dem Hause Hohenzollern. Doch war König Konstantin tatsächlich deutsch orientiert. Jedenfalls suchten Österreich und Deutschland so das Gegengewicht gegen Serbien an verschiedenen Stellen, wobei vielleicht bei der deutschen Erwägung noch mitsprach, daß Rumänien und Griechenland nicht-slawische Staaten waren. Da diese Dissonanz deutlich genug zutage getreten war, so endete die Krise des dritten Balkankrieges mit einer Schwächung, mit einem Verlust an Prestige für den Dreibund.

International waren die Frage der Inseln im Ägäischen Meer und Albanien zu behandeln. Um erstere Angelegenheit ging der Streit zwischen Griechenland und der Türkei. Sir Edward Grey schlug vor, daß alle von Griechenland zur Zeit besetzten Inseln, außer Imbros und

Senedos, Griechenland verbleiben sollten und daß Italien, das seit seinem Kriege mit der Türkei noch Inseln im Ägäischen Meere besetzt hielt, diese an die Türkei zurückgeben solle, wenn der Friedensvertrag von Lausanne durchgeführt sei. Die Großmächte waren damit einverstanden, Griechenland desgleichen, die Türkei aber nicht, weil sie diese Inseln als einen Teil ihres Gebietes in Asien betrachtete. Es kam zu einer erheblichen türkisch-griechischen Spannung. Die Mächte suchten dabei die Türkei dahin zu beeinflussen, daß Griechenland nicht im Besitz der ihm zugewiesenen Inseln gestört würde. Eine Entscheidung ist bis zum Kriege nicht erfolgt, in den die türkisch-griechische Spannung um diese international nicht allzu bedeutungsvolle Frage hineingenommen wurde.

Wichtiger, verwickelter und kritischer war die albanische Angelegenheit. Die Konferenz von London hatte beschlossen, daß ein selbständiges Albanien entstehen solle. Aber zu den Schwierigkeiten der Abgrenzung und der Unreife der Bevölkerung kam die Rivalität der anderen Mächte hinzu, Serbiens, das Wünsche im Norden, Griechenlands, das Wünsche im Süden des für Albanien in Aussicht genommenen Gebietes hatte. Und die Großmächte selbst waren sich nicht einig und klar. Der Dreibund war für ein unabhängiges Albanien mit einem ausreichenden Staatsgebiet. Italien hätte eigentlich das gleiche Interesse mit Österreich verbinden müssen, nämlich hier ein Vordringen Serbiens, das sowohl Österreich wie Italien unangenehm sein mußte, zu verhindern. Aber Italien verfolgte nicht nur das negative Ziel, daß die albanische Küste nicht in andere Hände kommen dürfe, sondern es blickte selbst begehrlieh nach dem anderen Ufer der Adria, nach Valona, und strebte längst danach, den italienischen Einfluß in Albanien wirtschaftlich und kulturell zu erhalten und zu erweitern. Das gab der Haltung Italiens einen zweideutigen Charakter und trug auch nicht dazu bei, den Dreibund zu festigen. Frankreich war geneigt, in dieser Sonderfrage Serbien zu unterstützen, in dem ein wertvolles Glied für den um die Zentralmächte zu legenden Ring gesehen wurde. Griechenland wieder, gegen dessen Wünsche die albanische Politik des Drei-

bundes ging, wurde so an den Dreiverband herangedrängt, und England war es vielleicht nicht unlieb, daß hier eine offene Stelle blieb, eine Frage, die Österreich und Italien trennte und so Italien auf die andere Seite zog.

Seit Oktober 1913 arbeitete eine internationale Kontrollkommission für Albanien. Unter holländischen Offizieren sollte eine Gendarmerie Ordnung schaffen. Als Kandidat für den Thron dieses Landes wurde der Prinz Wilhelm zu Wied gewählt, der am 3. November 1913 die Kandidatur auch annahm. War es schon nicht leicht für einen christlichen Fürsten, als Herrscher über einer mohammedanischen Bevölkerung zu walten, so bereitete die mittelalterliche Struktur der sozialen und politischen Verhältnisse in der Bevölkerung weitere Schwierigkeiten, und die mühselige Arbeit, diesen kleinen Staat von 30 000 qkm und 900 000 Einwohnern auf die Beine zu bringen, wurde durch Prätendenten unablässig gestört. Der gefährlichste unter ihnen war Essad Pascha, der ein selbständiges Mittelalbanien zu schaffen suchte und gegen den es schwierig war, den internationalen Einfluß durchzusetzen, weil die Einigkeit zwischen Italien und Österreich fehlte. Im März 1914 brach ein Aufstand in Südalbanien aus, der mindestens indirekt aus Griechenland unterstützt wurde. Als Mutterland behauptete dieses, Ansprüche auf das epirotische Land machen, für die Sicherung seiner Konnationalen sorgen zu müssen. Das machte wieder Verhandlungen über allerhand Garantien nötig. Kurz, auch diese Frage blieb ein internationaler Konfliktstoff, eine offene Wunde, bot Gelegenheit genug zu Reibungen und Zwisten und war für Deutschland peinlich, weil es dabei eine undankbare Vermittlerrolle zwischen den beiden Bundesgenossen wahrnehmen mußte. Mit Kriegsausbruch mußte der Prinz zu Wied das Land verlassen. Griechenland setzte sich im Süden fest, Italien in Valona, und ungelöst floß auch diese Frage in die große Auseinandersetzung hinein, die der Weltkrieg für das Orientproblem brachte.

Aus alledem ergibt sich schon die politische Aufstellung der Balkanstaaten. Griechenland und Serbien verfolgten gemeinsame Interessen und näherten sich so weit, daß am 31. März 1914 vom serbischen Mi-

Dreibund. Für ihn und für Deutschland wurden diese Verhältnisse immer ungünstiger. Zwar betonte König Konstantin bei seinem Besuch in Berlin am 8. September 1913, wieviel er der deutschen militärischen Erziehung verdanke, aber was besagte das dagegen, daß sein Staat eine französische Militärmission und englische Flotteninstruktoren hatte? Zwar kam eine rumänische Anleihe am 17. Oktober 1913 in Berlin zustande, aber was besagte das, wenn Rumänien immer stärker nach der anderen Seite gezogen wurde?

Daselbe Ringen spielte sich um die Türkei ab. Diese ging gleich im Herbst 1913 an die Reorganisation ihrer Armee und ihrer Flotte, und als zu Anfang 1914 Enver Pascha Kriegsminister wurde, kam in diese Arbeit noch besonders Plan und Energie. Diese Richtung war mit Recht fest davon überzeugt, daß Rußland gegen jede militärische Wiedererstärkung der Türkei, auch der verkleinerten Türkei, sein würde. Sie brauchte sich nicht erst zu fragen, worauf sich die immer drohender werdenden russischen Rüstungen richteten. Diese türkischen Führer wußten und sahen, welche Rolle in Rußland die „historische Mission“ wieder spielte, daß Rußland Konstantinopel und die Meerengen in Besitz nehmen müsse. Sie wußten, daß man in Rußland mit einem europäischen Kriege rechnete, der die Lösung dieser Aufgabe Rußland ermögliche, und daß man in Rußland alle nötigen militärischen Maßnahmen gegen die Meerengen für einen solchen Fall vorbereitete. Sie fühlten die warnende Ähnlichkeit der Situation mit der vor Ausbruch des letzten Krieges zwischen Rußland und der Türkei, unter Alexander II.

Wie stand England dazu? Schon seit einiger Zeit gab es eine englische Marinemission, unter dem Admiral Limpus, in Konstantinopel. Aber weder deren Tätigkeit noch Englands ganze Haltung gaben irgendeine Gewähr dafür, daß England für die Erhaltung der Türkei einzutreten gewillt sei. Die einzige Macht, die daran und an der militärischen Wiedererstärkung der Türkei ein Interesse hatte und betätigte, war Deutschland. Der Wunsch der Türkei, darin von Deutschland unterstützt zu werden, schon traditionell begründet und weiter

zurückliegend, führte zu Verhandlungen und einem Abschluß am 28. Oktober 1913, auf den hin im Dezember 1913 eine deutsche Militärmission unter dem General Liman von Sanders ihre Tätigkeit begann. Schon am 13. Dezember aber fragten die Botschafter Rußlands, Englands und Frankreichs darüber, angeblich zwar nur „informativ“, bei der türkischen Regierung an. Man gab sich den Anschein, und die Presse sprach es aus, als würde die türkische Unabhängigkeit durch die deutsche Militärmission bedroht; die allgemeinen Gegensätze traten daran einmal mit aller Stärke zutage. Und besonders auffällig war die Beteiligung Englands, das selbst eine Marinemission in Konstantinopel unterhielt, Deutschland aber hatte, so berechtigt deutscher Argwohn gewesen wäre, keinen Widerspruch dagegen erhoben!

Der Anfrage, die tatsächlich ein Druck Rußlands unter englischer Unterstützung war, mußte nachgegeben werden. Daß der General Liman von Sanders am 10. Januar 1914 seines Kommandos enthoben und zum Generalinspekteur der Armee und der Militärschulen in der Türkei ernannt wurde, wurde in Deutschland als peinliche Nachgiebigkeit, als Niederlage im Spiel der Mächte aufgefaßt, die die Gegensätze klar erkennen ließ und die vorhandene Spannung noch steigerte.

Militärisch und sonst arbeitete die Türkei für ihren Ausbau und gegen die drohenden Gefahren. Nach fast zweijähriger Unterbrechung trat ihre Kammer am 14. Mai 1914 wieder zusammen. Am 9. April 1914 wurde eine Anleihe mit Frankreich abgeschlossen, das dafür Eisenbahnkonzessionen im Westen von Kleinasien erhielt. Deutschland und Frankreich hatten sich darüber ihrerseits schon am 15. Februar geeinigt, und wenn sich die französische Arbeit, wie die deutsche es tat, auf den Bahnbau und die wirtschaftliche Mitarbeit beschränkte, so konnte der friedliche Wettbewerb nur gut sein, um so mehr, als diese von Frankreich anzulegenden Bahnlinien auf das Rückgrat der Bagdadbahn sowieso angewiesen blieben. Über diese, d. h. über ihr Ende im Süden und die Verbindung nach dem Persischen Golfe, gingen die Erörterungen zwischen Deutschland und England weiter; in dem bekannten Abkommen vom 15. Juni 1914 sind auch diese Fragen be-

handelt worden. Aber war denn hier eine Einigung zwischen den beiden großen Rivalen überhaupt denkbar? Liefen nicht deren Tendenzen, geographisch wie politisch, unausgleichbar gegeneinander: hier die deutsch bestimmte Nord-Südlinie Konstantinopel—Persischer Golf und die Erhaltung der Türkei, dort die Ost-Westlinie über Mesopotamien und Arabien und die Auflösung auch der asiatischen Türkei?

Noch stärker ging auf die Auflösung der asiatischen Türkei Rußland aus, indem es die armenische Frage zum Instrument dafür zu machen strebte. Rußland hatte seine armenische Politik herumgeworfen; der Statthalter des Kaukasus, Graf Woronzow-Daschkow, hatte jahrelang grundsätzlich armenierfreundliche Politik getrieben, in der Absicht, mit der Gewinnung der Armenier von Osten aus einen Keil in die Türkei zu treiben und die Möglichkeit zu Konflikten an der armenischen Frage zwischen Rußland und den Westmächten zu beseitigen. Es gelang auch wirklich, die türkenfeindliche armenische Bewegung in rußlandsfreundliche Richtung zu leiten, der russische Liberalismus trat immer entschiedener für die angeblich bedrückten Armenier in der Türkei ein, und die Vorstöße Rußlands von seiner Note vom 26. November 1912 bis zu seinem Abkommen mit der Türkei vom 8. Februar 1914 ließen unzweideutig erkennen, wie Rußland sich seine Politik nach einem altbekannten Rezept der Orientpolitik weiter dachte. Deutschland war dabei immer für die Türkei eingetreten. Es wollte Türkisch-Armenien nicht Rußland preisgeben, und als der russische Ministerpräsident Kokowzow im November 1913 in Berlin weilte, mußte er sich davon überzeugen, wie in der armenischen Frage und in der Angelegenheit der deutschen Militärmission Rußlands und Deutschlands Tendenzen gegeneinander gingen.

Immer stärker zeigte sich, wie schwierig die türkische Frage für die deutsch-russischen Beziehungen geworden war. Deutschland war ja schon weit über die Bismarcksche Linie in der Orientpolitik hinausgegangen, und immer schärfer wurde damit sein Gegensatz zu Rußland, der auf der russischen Seite auch immer unverblümter ausgesprochen wurde.

Und das war um so gefährlicher, als England in diesen Dingen mit Rußland zusammenging, obwohl seine eigenen Interessen es jedenfalls nicht dazu zwangen.

An einer anderen Stelle, in bezug auf Persien, hatte der direkte Versuch, zwischen Deutschland und Rußland die Beziehungen wieder zu bessern, wie er im Abkommen von Potsdam unternommen worden war, nicht zum dauernden Erfolg geführt. Auch für Persien wirkte die allgemeine englisch-russische Annäherung nach. Es war ja seit dem Abkommen vom 31. August 1907 von England und Rußland abhängig. Witte hatte damals gemeint, daß alle Vorteile dieses Abkommens auf englischer Seite lägen. Jetzt wurde die Meinung in England stärker, die russische Politik dränge allzusehr vor. Die alte Besorgnis vor einer russischen Bedrohung Indiens wurde durch russische Bahnpläne, so phantastisch sie waren, wieder belebt, und in den wirtschaftlichen Kreisen Englands kritisierte man die Persienpolitik des eigenen Staates, die England wirtschaftlich schade. Aber die englische Politik wollte das zurückstellen, ebenso wie sie bewußt die englischen, gegen Rußland gerichteten Interessen an Konstantinopel und an den Meerengen zurückstellte. Die englische Politik wollte die Zerstörung der Türkei auch auf ein großes Risiko in den Beziehungen zu Rußland hin. Sie wollte das aus eigenen imperialistischen Absichten und um Rußland gegen Deutschland an ihrer Seite zu halten. Der Entwicklung eines Krieges konnte es dann vorbehalten bleiben, wie sich die beiden Rivalen über Konstantinopel und die Meerengen auseinandersetzten. Als der Krieg ausbrach, waren die führenden Kreise der Türkei sich darüber ganz im klaren, daß nicht nur, wie seit alters Rußland, sondern nun auch England als Todfeind der Türkei zu gelten hatte, und daß darum, wenn eine Rettung für die Türkei überhaupt möglich war, diese nur bei den Zentralmächten gesucht werden konnte.

*

Aus dem fernen Osten und Nordamerika

Am 6. Oktober 1913 war der provisorische Präsident von China, Juanschikai, auf fünf Jahre zum Staatsoberhaupt gewählt worden. Er waltete wie ein unbeschränkter Herr über das Reich, aber trotz seiner hervorragenden Bedeutung gingen die inneren und äußeren Verlegenheiten des chinesischen Reiches, das seit der Revolution im Dezember 1911 einer tödlichen Schwäche verfallen war, weiter.

Es mußte vor Japan und vor Rußland Besorgnis haben. Rußland hatte zwar nach dem Fehlschlag im Krieg mit Japan seine Politik im fernen Osten liquidiert. Darum hatte sich besonders Izwolskij bemüht, in der richtigen Einsicht, daß Rußland für die ihm vorschwebenden europäischen Ziele Ruhe im Rücken brauche. Aber zu fest war die Tradition auch einer starken asiatischen Politik Rußlands, und je mehr es im Innern wieder wirtschaftlich und politisch erstarfte, um so mehr nahm es auch diesen Weg wieder auf. Schon 1911 waren seine Beziehungen zu China immer unfreundlicher geworden, in Kenntnis der inneren Schwäche Chinas trat die russische Politik, die Japan gegenüber Vorsicht gelernt hatte, gegen China entschieden, rücksichtslos auf. Ihr Ziel war die äußere Mongolei, mit deren geistlichem Oberhaupt Rußland am 3. November 1912 ein Abkommen geschlossen hatte, das die Mongolei schon wie ein selbständiges, mit Rußland in freundschaftlicher Verbindung stehendes Gebiet behandelte. In einem Vertrag vom 5. November 1913 mit China erkannte Rußland freilich wieder an, daß die äußere Mongolei unter der Suzeränität Chinas stehe, es verpflichtete sich, sich in die Verwaltung dieses Gebietes nicht einzumischen. Aber China mußte die Autonomie der äußeren Mongolei anerkennen, die schließlich eben doch in die russische Einflußsphäre hineingezogen wurde.

In und um China rivalisierten England, Frankreich, Japan, Nordamerika; Eisenbahnkonzessionen und Anleihefragen spielten dabei die

Hauptrolle. Aber für die europäischen Großmächte war China doch wieder mehr ein Nebenkriegsschauplatz geworden, auf dem jedenfalls tiefgreifende Gegensätze zwischen Rußland und England nicht bestanden und an dem anscheinend nur Japan ein entscheidendes Interesse nahm, das, je kritischer die Verhältnisse in Europa wurden, um so sicherer erwarten konnte, freie Hand gegen Chinas Ohnmacht zu erhalten.

In Japan wurde am 15. Mai 1914 das Ministerium Okuma gebildet; Außenminister wurde darin Baron Kato. Das bedeutete: Festhalten am Bündnis mit England und imperialistische Ausdehnungspolitik, gegen die Rußland nicht gerade vorging, für die England durch sein Bündnis mit Japan festgelegt schien und gegen die als Gegner nur Nordamerika in Frage kam.

Zwischen Japan und Nordamerika bestand und wuchs unausgesetzt eine Spannung, für die ein wirklicher Konfliktgegenstand nur in der Frage der japanischen Einwanderung nach Kalifornien vorlag, die aber in der japanischen Ausdehnungspolitik, noch mehr in den Vorstellungen von ihren Absichten nicht nur gegen China, sondern auch im Stillen Ozean oder gar in Mexiko und Südamerika ihren tieferen Grund hatte. Entlud sich diese Spannung in einem wirklichen Konflikt, so ergab das für England eine sehr schwierige Lage, die unter allen Umständen die englische Politik stark von Europa abgelenkt hätte. Aber Nordamerika behandelte diese Fragen nicht besonders energisch. Daß die realen Interessen Japans und Nordamerikas in China einander unversöhnlich gegenüberstanden, darüber war man sich beiderseitig klar. Aber die Spannung kam nicht zur Entladung, weil Nordamerika in dieser Zeit seine Interessen in größerer Nähe, in Mittel- und Südamerika, lebhafter verfolgte.

Am 10. Oktober 1913 war die letzte Schranke gesprengt worden, die die beiden Ozeane trennte; der Panamakanal war fertig. Ohne Zweifel war das ein großer weltgeschichtlicher Augenblick. Aber an Bedeutung konnte sich der Panamakanal mit dem von Suez nicht messen, und für die Zusammenhänge dieses Buches hat seine Fertigstellung noch keine unmittelbare Wirkung und Bedeutung gezeitigt. Die Stellung Nordamerikas selbst hob sie natürlich ungemein.

Dieses war Mittelamerika stärker zugewandt als irgendeiner anderen weltpolitischen Frage. In Mexiko waren 1910 große Petroleumlager entdeckt worden. Hier stießen Weltinteressen Englands und Nordamerikas zusammen, die durch die große Bedeutung der Ölfeuerung für die Kriegsschiffe besonders aktuell wurden, und aus mancherlei Anzeichen ging hervor, daß Japan seinen Blick auch dahin richtete. Nun war Mexiko seit dem Sturze des Präsidenten Diaz im Jahre 1911 aus der Revolution und inneren Unruhe nicht herausgekommen, und Präsident Wilson schien im Frühjahr 1914 diese Lage benutzen zu wollen zu einem Eingriff, der bei dem bestehenden Machtverhältnis, wenn er mit Energie von Amerika unternommen würde, zu dessen Vorherrschaft in Mexiko hätte führen müssen. Aber der Vorstoß wurde ohne Kraft geführt. Im Sommer trat Präsident Wilson den Rückzug an — seine mexikanische Politik stand allzusehr im Widerspruch mit den Ideen, die sein Staatssekretär Bryan immer predigte, und drohend stand Japan im Hintergrund.

So brachte die mittelamerikanische Politik der Union keine Erfolge und keine Stärkung ihres Prestiges. Und wenn Wilson in bezug auf den ganzen Süden Amerikas am 26. Oktober 1913 die Monroelehre noch über ihre letzte Form hinaus hatte steigern wollen mit dem Grundsatz, daß europäische Staaten im Süden keine Konzessionen mehr erwerben dürften und daß der Norden den südlichen Staaten helfen werde, sich von den europäischen Konzessionen zu befreien, so blieb dieser überhebliche Anspruch ohne jede Wirkung in Südamerika und in Europa. Die ausgreifende und anspruchsvolle, aber niemals wirklich starke Politik der Vereinigten Staaten konnte weder bei den immer selbständiger werdenden Staaten im Süden noch in Europa Vertrauen oder Furcht erwecken. Ein wirksamer oder gar entscheidender Faktor in den europäischen Gegenätzen und Bündnisbeziehungen konnte und wollte sie auch nicht sein.

Im fernen Osten und Stillen Ozean waren Nordamerika und Japan typisch imperialistische Staaten, die ihre expansiven Kräfte mit merkantilistischen Mitteln und durch militärische Rüstungen auf alle

Weise steigerten. Man glaubte in Europa vielfach, daß zwischen ihnen beiden ein baldiger Zusammenstoß unvermeidlich sei, der für das mit Japan durch ein Bündnis und mit Nordamerika durch Rassen-gemeinschaft verbundene England sehr gefährlich geworden wäre, und sicherlich auch das in Asien wieder lüfterner werdende Rußland hineingezogen hätte. Dazu aber ist es bis zum Weltkriege nicht gekommen. So blieb die Verbindung dieser Probleme mit Europa durch das englisch-japanische Bündnis an sich verhältnismäßig lose. Auch die Schiedsgerichtsverträge, die Präsident Taft im Frühjahr 1914 mit 21 Staaten abschließen konnte, zogen die Bande nicht viel enger. Deutschland und Japan waren unter den Staaten, mit denen Schiedsgerichtsverträge zustande kamen, nicht.

Deutschland war nicht nur durch seine allgemeinen wirtschaftlichen Interessen im fernen Osten beteiligt, sondern auch durch seine Stellung in Kiautschou ungemein exponiert. Heute erkennt man, in welche Gefahr sich der deutsche Imperialismus mit dieser Festsetzung im fernen Osten begeben hatte, die nur zu halten war bei ganz sicheren deutsch-japanischen Beziehungen. Aber auch solche hätten nur Tragkraft gehabt, wenn gute deutsch-russische Beziehungen vorhanden gewesen wären, und weil diese immer gespannter wurden, konnten auch Versuche, Deutschland und Japan einander näherzubringen, nicht zum Ziel führen. Das ergab für Deutschland die große Gefahr, daß im Falle eines deutsch-englischen Konfliktes Japan sein Bündnis mit England benutzen würde, um auf die Seite der Gegner zu treten und sich Kiautschou zu bemächtigen. Die Ostasienpolitik Deutschlands ist ein besonders schlagendes Beispiel für die Verzettlung der deutschen Interessen über die Welt hin und für die unsichere Grundlage, auf der das deutsche Weltmachtstreben aufstieg.

Reibungsflächen zwischen Deutschland und Nordamerika existierten nicht, jedenfalls längst nicht in dem Maße, wie zwischen England und Nordamerika. Aber je näher England den Konflikt mit Deutschland kommen sah, um so stärker wurde sein Streben, keinesfalls in einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten zu geraten, ja in Rechts- und

Interessenfragen vor ihnen zu kapitulieren, obwohl der englischen See- und Handels Herrschaft von der Entwicklung Nordamerikas größere Gefahren drohen konnten als von der Deutschlands. Die alte Rassen-, Sprach- und Kulturgemeinschaft erleichterte zudem eine Bearbeitung der amerikanischen Öffentlichkeit zugunsten Englands und zuungunsten Deutschlands.

Eine Notwendigkeit, gegen Deutschland für England zu optieren, war für die Vereinigten Staaten nicht vorhanden, wenn auch manchmal Spannungen entstanden waren. Aber die deutsche Gegenarbeit gegen die englische Propaganda ist ohne Erfolg geblieben. Die Union war England noch nicht weltpolitisch verbunden, aber sie wurde zur Stellungnahme an Englands Seite getrieben durch gefühlsmäßige Abneigung gegen Deutschland, durch wirtschaftliche Interessen, die man durch Deutschland bedroht glaubte, durch die Empfindung, daß die englische Flotte auch Amerika schütze, und durch die erfolgreiche englische Propaganda. Deutschland konnte ja auch den Vereinigten Staaten weltpolitisch nichts bieten! Wenn an den europäischen Gegensätzen der große imperialistische Krieg losbrach, so war für den Dreibund eine Unterstützung von den Vereinigten Staaten nicht zu erwarten und von Japan eher ein Eingreifen gegen Deutschland zu befürchten.

*

I n n e n p o l i t i s c h e s a u s d e n S a u p t l ä n d e r n i n d e r W i r k u n g n a c h a u ß e n

England wurde im letzten Jahre vor dem Kriege durch die irische Krise schwer erschüttert. Am 25. Mai 1914 wurde zum drittenmal das Homerulegesetz in dritter Lesung im Unterhause angenommen; damit konnte über den Widerstand des Oberhauses hinweggegangen werden. Aber sowenig wie früher und seitdem ist das eine Lösung geworden. Schon im November 1913 hatten die Unionisten in Irland Freiwillige organisiert. Die Opposition von Ulster gegen die Vorlage, wie

gegen den Vermittlungsvorschlag von Usquith vom 9. März 1914 hatte immer schroffere Formen angenommen, wurde immer mehr zur offenen Rebellion. England stand ohne Zweifel im Sommer 1914 vor der Gefahr blutiger Konflikte zwischen Unionisten und irischen Nationalisten, vor dem Bürgerkrieg. Im Sturm des Kriegsausbruchs ging auch diese Krisis unter. Wenn es auch nicht die Absicht war, sie durch Ablenkung nach außen loszuwerden, tatsächlich hat der Ausbruch des Weltkrieges England vor dem Bürgerkrieg bewahrt.

Von einer Hemmung der Flottenrüstungen war keine Rede mehr. Der Flottenetat für 1914 war der größte, der je dem Parlament unterbreitet worden ist, und in seiner Rede vom 17. März 1914 sprach es der Marineminister Churchill so deutlich wie möglich aus, daß England an seiner Flottenpolitik festhalte: die Stärke der britischen Flotte sei der einzige große Ausgleichsfaktor, den England zur eigenen Sicherheit und für den Weltfrieden stellen könne. Wo war der Gedanke des Flottenfeierjahres hin? Was besagten Friedlichkeitsbeteuerungen gegen diese gewaltigen Seerüstungen? England wollte die erste Seemacht bleiben, und es rüstete sich, weil es die Auseinandersetzung mit Deutschland erwartete.

Was diese Flottenpolitik in England war, ist die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich gewesen, die Poincaré, damals Ministerpräsident, bei seinem Besuche in Petersburg im August 1912 zugesagt hatte. Die dreijährige Dienstzeit und eine neue französische Anleihe an Rußland zur Verbesserung des strategischen Aufmarsches in Westrußland stehen im engsten Zusammenhang mit einer französischen Außenpolitik, deren eigentlicher Exponent eben Poincaré, seit 17. Januar 1913 Präsident der Republik, war. Der Parteihader in Frankreich war stark, aber er hinderte diese Politik, die den Weltfrieden ungemein gefährdete und bedrohte, in keiner Weise. Man glaubte auch, des militärischen Erfolges sicher sein zu können, auf Grund der eigenen Rüstungen, der Abmachungen mit England und Rußland und der Geringschätzung der deutschen Armee. Die wenigen Stimmen, die warnten, verhallten; die stärkste, die von Jaurès, wurde am Abend vor der Mobilmachung durch

Meuchelmord zum Schweigen gebracht. Als der Krieg ausbrach, trat die „Union Sacrée“ sofort zutage: in das Ministerium der nationalen Verteidigung, das am 26. August gebildet wurde, traten zwei Sozialisten ein.

In Rußland stieg, je mehr man die Revolution überwand, je weniger die leitenden Kreise die Unzufriedenheit und Gärung im Volke glaubten fürchten zu müssen, und je günstiger die Finanzlage durch gute Ernten wurde, das Selbstbewußtsein und der Wille zu aktiver Politik. Dieser hatte sich seit 1908 zielbewußt wieder dem nahen Orient zugewandt, und er suchte durch ungeheure militärische Rüstungen Rußland in einem Kriege, den man immer mehr erwartete und — wünschte, den Sieg zu sichern. Einen Sieg, der zunächst gegen die Türkei und Österreich-Ungarn, aber auch gegen Deutschland, das mit beiden verbunden war, erfochten werden mußte. Die Beziehungen zu Deutschland waren nicht nur durch Armenien und die Militärmission und indirekt durch die panslawistische Hege gegen Österreich verschärft worden, sondern wurden auch noch absichtlich durch die Art gespannt, wie man in Rußland die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages politisch-publizistisch gegen seinen besten wirtschaftlichen Kunden ausnutzte. Die Zeitungen nahmen überhaupt kein Blatt mehr vor den Mund. Am 13. März 1914 schrieben die „Birschewyja Wjedomosti“: „In vollem Einverständnis mit dem obersten Kriegsherrn wünscht Rußland den Frieden. Es ist aber fertig.“ Und am 12. Juni stand in demselben Blatt: „Frankreich und Rußland wollen den Krieg nicht, aber Rußland ist bereit und hofft, daß Frankreich es gleichfalls sein wird.“ In bezug auf die Kriegsbereitschaft, die allerdings bei Ausbruch des Weltkrieges so groß gewesen ist, wie niemals vorher in der russischen Geschichte, waren diese Artikel, in denen der russische Kriegsminister Suchomlinow Frankreich ein Signal gab, zu ruhmredig gewesen. Denn der Termin, zu dem das ganze Rüstungsprogramm fertig sein sollte und auf den sich die Kriegstreiber in Rußland wie in Frankreich eigentlich eingerichtet hatten, war erst das Jahr 1917. Von deutscher Seite sei erwähnt als Symptom der Beunruhigung und immer ge-

Diese Erwartung ist auf der Seite der Feinde sogar auch Deutschland gegenüber gehegt worden. Die Schärfe seiner Parteilämpfe, an sich wirklich nicht welterschütternde Konflikte wie die Zabern-Krise, die nervöse Spannung und offenkundig unbehagliche Stimmung, die über Deutschland lag, alles das bestärkte im feindlichen Ausland den Glauben, daß Deutschland nicht so stark sei, wie es zu sein schien. Im Ernst wußte man natürlich auch auf der anderen Seite, obwohl im Weltkrieg und danach fanatisch und ohne Unterlaß das Gegenteil in die Welt geschrieen worden ist, daß Deutschland in keiner Weise planmäßig auf einen Krieg rüstete. Man wußte doch, daß Deutschland längst nicht alles unter die Fahnen stellte, was dienstfähig war. Der Ausbruch des Krieges zeigte zudem später, daß sich Deutschland wirtschaftlich auf einen Krieg nicht vorbereitet hatte, und die Operationen der ersten Monate im Osten ließen auch erkennen, daß zwischen Deutschland und seinem nächsten Bundesgenossen, Österreich-Ungarn, eine ins einzelne durchgeführte Militärkonvention gar nicht bestand, daß Abreden über einen gemeinsamen Feldzugsplan überhaupt nicht existierten.

*

Bündnisbeziehungen in Europa im letzten Jahre vor dem Weltkriege und bei seinem Ausbruch

1. Der Dreibund war am 5. Dezember 1912 zum fünften Male geschlossen worden, eineinhalb Jahre im voraus erneuert; er lief, wenn seine Kündigung nicht 1919 erfolgte, bis 1926. An ihm hingen die Bündnisverträge mit Rumänien.

In diesem überkommenen Bündnisystem war das deutsche Bündnis mit Österreich-Ungarn eine Gemeinschaft auf Leben und Tod geworden, das Bündnis, das auch bestehen blieb, als drei Jahre nach seinem Abschluß der Dreibund geschlossen wurde, und das seit 1902 förmlich nicht erneuert zu werden brauchte, sondern von selber weiterlief. Vom deut-

sehen Volke im Reich und von den Deutschen und Ungarn im Donaustaat wurde es als selbstverständliche Grundlage aller außenpolitischen Beziehungen, noch mehr: eben als ein Bündnis auf Leben und Tod aufgefaßt. Unverändert trug es den ihm von seinen Schöpfern aufgedrückten Charakter eines reinen Verteidigungsbündnisses, ohne jeden Offensivgedanken, schon deshalb, weil ein deutscher Angriffskrieg überhaupt keine Ziele haben konnte und weil einem so durchaus auf die Defensive gestellten Staatswesen wie Österreich-Ungarn verständigerweise Angriffs-ideen gar nicht zugetraut werden konnten. In dieser Auffassung vom Bündnis hatte man auf reichsdeutscher Seite bewußt die Augen davor geschlossen, daß mit der fortschreitenden Zersetzung der Donaumonarchie und ihrem überhandnehmenden Nationalitätenhader der Bundesgenosse immer schwächer wurde und daß er namentlich in militärischer Beziehung mit den deutschen Anstrengungen nicht Schritt hielt.

Am 2. August 1913 hatte Italien zu seinem Dreibundsvertrag eine Marinekonvention geschlossen, die am 1. November 1913 in Kraft trat. Die Intimität Italiens mit den Genossen war also, wenigstens wenn man die Verträge ansah, politisch und militärisch so groß, wie kaum jemals. Der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber wurde auch die Überzeugung immer gefördert, daß Italien als wirklich ernsthafter Bundesgenosse, auf den man sich verlassen könne, zu werten sei. Trotz der Warnungen deutscher Kenner, die die wachsende Unsicherheit dieses Bundesverhältnisses erkannt hatten, und trotz mancher Zwischenfälle war man sich in der deutschen öffentlichen Meinung gar nicht darüber klar, daß sich das Verhältnis zu Italien längst auf's stärkste verschoben hatte, seit es der französischen Politik gelungen war, Italiens Feindschaft zu überwinden, und daß, sobald dies gelungen war, der nie ausgeglichene Gegensatz zwischen Italien und Österreich-Ungarn um so stärker und gefährlicher werden mußte. Noch mehr: Italien hatte 1911 Krieg mit der Türkei begonnen, die wenigstens der Sachlage nach als Bundesgenosse der anderen drei Bundesgenossen gelten mußte. Entscheidend aber war dies: in Deutschland machte man sich nicht klar, daß Italien die Pflichten des Dreibundes niemals gegen England er-

stand eigentlich nur auf den Augen König Karls. Graf Ottokar Czernin urteilte 1913, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, daß das Bündnis mit Rumänien unter den obwaltenden Umständen nichts anderes sei, als ein inhaltsloser Felsen Papier.

2. Das Gefühl, daß die überkommene Bündnissicherung ausgehöhlt werde und daß Deutschland in den weiter gewordenen Verhältnissen der Weltpolitik gefährlich isoliert, um nicht einen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, dastehen könne, ist selbstverständlich bei der Leitung der deutschen Außenpolitik auch im letzten Friedensjahr vorhanden gewesen, während der Öffentlichkeit die darin liegende Gefahr niemals ganz klar geworden ist. Das Potsdamer Abkommen war ein Versuch gewesen, Rußland gegenüber aus dieser Isolierung herauszukommen. Länger und zielbewußter wurde der gleiche Versuch England gegenüber betrieben. Es war die politische Überzeugung des Kanzlers von Bethmann Hollweg, daß eine deutsch-englische Verständigung nötig und daß sie möglich sei. Auf der englischen Seite schien die Haltung Grey darauf hinzudeuten, daß das kein absoluter Irrtum sei, besonders, daß man in England bereit sein würde, dem berechtigten deutschen Machtstreben Zugeständnisse in Zentralafrika zu machen, wenn sich zwischen Deutschland und England eine Verständigung über Kleinasien herbeiführen ließe, die freilich ohne große Nachgiebigkeit Deutschlands nicht denkbar war. Im Herbst 1913 hörte man, daß darüber verhandelt werde und daß dabei auch an die afrikanischen Kolonien Portugals gedacht würde. Am 15. Juni 1914 kamen tatsächlich diese langwierigen Verhandlungen in London, die zwischen Grey und dem deutschen Botschafter in London, dem Fürsten Lichnowsky, geführt worden waren, zu einem Abschluß. Sie hatten sich um jene Idee gedreht und eine Verständigung durch die Verbindung der kleinasiatischen und der zentralafrikanischen Fragen herbeizuführen gesucht. Die Mitteilung besagte nur, daß das Abkommen unterzeichnet sei, aber noch nicht bekanntgegeben werden könne, weil die Zustimmung der Türkei zu einigen Artikeln noch vorher eingeholt werden müsse. Aber diese Arbeit schien Früchte für eine deutsch-englische Entspannung zu verheißen, wenn

man sich wirklich über die beiden wichtigsten Gebiete des Wettbewerbes verständigte. In Deutschland glaubte man wenigstens teilweise der Friedensliebe Greys, und Stimmen in Deutschland wurden sogar laut, die von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer deutsch-englischen Allianz sprachen.

Dieser Gedanke jedoch begegnete auf beiden Seiten allgemeiner und entschiedener Ablehnung. Die Männer, die an dieser Verständigung arbeiteten, sind auf beiden Seiten vereinzelt gewesen, hatten auf beiden Seiten weder die Stimmung noch das politische Urteil hinter sich. Kannte man doch in Deutschland die Abmachungen zwischen Grey und Cambon vom 22./23. November 1912! War doch in Deutschland der englische Widerspruch gegen die deutsche Militärmission in Konstantinopel nicht vergessen! Auch die Regierung in Deutschland wußte das natürlich. Aber sie hoffte, durch Verständigungspolitik und auch Zugeständnisse die Neutralität Englands in einem Kriege sicherstellen zu können. Unzweifelhaft war das ein großer und verhängnisvoller Irrtum! Eine Rede wie die Churchills, die wir erwähnten, konnte gar nicht deutlicher die Gegensätze bezeichnen, wie sie nun einmal waren, konnte nicht deutlicher sagen, daß die führenden Kreise Englands geradezu von der Notwendigkeit eines deutsch-englischen Krieges überzeugt waren. Der wirtschaftliche Wettbewerb Deutschlands und der deutsche Flottenbau blieben zwei unabänderliche Tatsachen, waren zwei Steine, die kein Abkommen über Bagdadbahn und Zentralafrika aus dem Wege räumen konnte. Gerade weil es sich darüber klar war, hatte sich England in ein Netz von Verabredungen und Intrigen gegen Deutschland eingelassen, was nur einen Sinn hatte, wenn man, ohne vielleicht den Krieg direkt zu wollen, doch davon überzeugt war, daß er unausbleiblich kommen würde. Wenn die englische Politik, die den Juni-vertrag mit dem Fürsten Lichnowsky abschloß, ehrlich den Weltfrieden wollte, so mußte sie sich aus diesem System von Abmachungen mit Frankreich und Rußland herauswinden. Wollte England wirklich das europäische Gleichgewicht erhalten, so mußte es diese Intimität mit den Bundesgenossen aufgeben. Kjellén braucht das gute Bild für die

englische Politik mit Deutschland, daß man nicht das Feuer mit der einen Hand dadurch lösche, wenn man mit der anderen Hand Öl hineingösse. Das aber hat England getan!

3. Wie die deutsch-russischen Beziehungen sich gelockert hatten, wurde gesagt. Man wendete sich in Deutschland nach dem Tode des Staatssekretärs von Riederlen-Wächter auch bewußt von Rußland ab. Wenn der Reichskanzler von Bethmann Hollweg dann am 7. April 1913 sogar vom Gegensatz zwischen Germanentum und Slaventum sprach, so war das für England ein Programm, wie Deutschland seine Stellung zu Rußland ansah, und war das doppelt unklug, weil der deutsche Staatsmann ganz vergaß, daß er mit Millionen Slaven, die österreichische Untertanen waren, verbündet war. Seit 1890 waren Deutschland und Rußland auseinandergegangen, dafür waren Rußland und Frankreich zu intimsten Verbündeten geworden, und dafür hatte sich England in den Riß zwischen Deutschland und Rußland hineingeschoben.

4. Das französisch-russische Bündnis war eine ausgesprochene Militärkonvention gegen Deutschland, mit der sich Frankreich gegen Deutschland sichern wollte und mit der Rußland Frankreich in seine Orientpolitik hineinziehen wollte. In dieser Ideenverbindung, die durch Frankreichs Riesenanleihen an Rußland gefestigt wurde, sind Frankreich und Rußland ihren Bund auf Leben und Tod eingegangen, der am 17. Juli 1912 noch durch eine Marinekonvention ergänzt wurde. Der Marineminister Frankreichs, der sie schloß, war Delcassé, und unterschrieben wurde sie bei dem ersten Besuch des damaligen Ministerpräsidenten Poincaré in Rußland.

5. Aus seiner „glänzenden Isolierung“ ist England herausgetreten durch sein Bündnis mit Japan von 1902 und vor allem in der entente cordiale mit Frankreich vom 8. April 1904. Am 22. und 23. November 1912 haben dann der englische Außenminister Sir Edward Grey und der französische Botschafter in London, Paul Cambon, zwei Briefe gewechselt, die die Entente zum Bündnis, d. h. zur Militär- und Marinekonvention gemacht haben. Der zielbewußten Politik Cambons war

damit ein großer Erfolg gelungen. Denn mit Recht konnte er sich sagen, daß diese der Form nach privaten Briefe zwischen den beiden Staatsmännern tatsächliche Bindungen, Konventionen der Regierungen miteinander darstellten. Darin verabredeten sich die beiden Staaten über das, was im Falle eines Krieges militärisch und maritim zu geschehen habe. Was der englische Staatsmann darin zugestand, war — daran ist gar kein Zweifel — eine militärische Verabredung, wie sie von Frankreich 1892 mit Rußland zustande gebracht worden war. Seitdem bestand zwischen Frankreich und England ein Vertrag, der kein Vertrag sein sollte, eine Verpflichtung, die eine war und nach außen keine sein sollte, eine Regelung, die England und Frankreich im Falle eines Krieges mit Deutschland bereits in ein geordnetes Verhältnis der Kriegsanlage setzte, das bei Kriegsausbruch ja auch eingehalten worden ist. Damit war etwas Neues in die bestehenden Bündnisbeziehungen gekommen, und eine neue gewaltige Gefahr für den Weltfrieden zog herauf, weil auf der Hand lag, wie diese Verabredung den Kriegseifer in Frankreich und in Rußland stärken mußte. Zur Kenntnis der deutschen Regierung ist die Abmachung zwischen England und Frankreich im März 1913 gekommen.

6. Wie Cambon auf französischer Seite, so bemühte sich von russischer Seite Iswolskij, der russische Botschafter in Paris, die Entente mit England, die seit dem Abkommen über Persien von 1907 bestand, zum Bündnis zu machen. Am 2. April 1914 schrieb Sazonow an Iswolskij, daß ihm „eine weitere Festigung und Ausgestaltung der sogenannten Tripelentente und wenn möglich ihre Umwandlung in einen neuen Dreibund als eine Aufgabe der Gegenwart erscheine“. Es bestand bereits eine Art ständiger „Bundesrat“ dieser Entente, in dem Grey mit dem französischen und russischen Botschafter in London zusammen die gemeinsamen Fragen erörterte — das hat Sazonow im Mai 1914 öffentlich erklärt. Aber weiter wollte sich Grey formell nicht binden. Vom 21. bis 24. April war das englische Königspaar in Paris, Sir Edward Grey begleitete es, und da hat Iswolskij seinen Wunsch durchgesetzt, soweit er überhaupt durchzusehen war. Dort wurde am 21. April

So ergibt sich im ganzen dies Bild der Bündnisbeziehungen, daß der Dreibund innerlich ausgehöhlt und in seinen Grundlagen schwer erschüttert war, und daß es dagegen der zielbewußten Tätigkeit Cambons und Iswolstijz gelungen war, England in ein System der Tripelentente auch militärisch so hineinzuziehen, daß die Einkreisung Deutschlands im Kriegsfall sicher gestellt zu sein schien. Die Frage ist dann schließlich nur noch, ob Sir Edward Grey mit dieser Politik, die zum Kriege führen mußte, auch die Absicht, einen solchen herbeizuführen, gehabt hat, oder ob er glaubte, seine Bewegungsfreiheit zu behalten und jederzeit durch Einlenken sich den Konsequenzen dieser Abmachungen entziehen zu können. Unmittelbar den Krieg gewollt haben weder König Edward VII., der Vater der Einkreisungspolitik, noch Sir Edward Grey. Die Vorstellung, die der Einkreisungspolitik zugrunde lag, war vielmehr die, Deutschland politisch eben derartig zu umstellen, daß es gar nicht zum Kriege kommen könnte, daß Deutschland kapitulieren müsse, weil seine Situation hoffnungslos geworden sei. Aber beide Männer, und Grey in erster Linie, standen doch viel zu sehr in der geschichtlichen Überlieferung englischer Machtpolitik, als daß sie sich darüber getäuscht hätten, daß zwischen Deutschland und England ein säkularer Gegensatz bestand, wie er in der Vergangenheit zu großen Kriegen mit Spanien, Holland, Frankreich geführt hatte. Derartige Vorstellungen sind englischen Staatsmännern in Fleisch und Blut übergegangen, und in ihnen, aus ihnen heraus hat Grey gehandelt. Er war wohl selbst der Meinung, die Fäden in der Hand zu behalten, so daß er bestimmen konnte, was seine Abmachungen mit Frankreich und Rußland bedeuten sollten und was nicht. In den letzten entscheidenden Tagen aber hat er dann wohl ganz überlegt gehandelt, so zweideutig seine Äußerungen waren. Er wußte genau, was Frankreich und Rußland, nachdem die Kugel mit dem Attentat ins Rollen gekommen war, wünschen würden, und er war in seinem Innern bereit, diese Wünsche zu erfüllen. Er gab Frankreich und Rußland die Sicherheit, daß England bei ihnen stehen würde, und entfesselte so in Petersburg den zum Krieg treibenden Willen völlig. Durch sein Doppelspiel aber

gelang es ihm, sich nicht in den Fäden zu verstricken, sondern vielmehr die Fäden alle in seine Hand zu bekommen. Die englische Politik, d. h. die Diplomatie Grey's, hat so bei Kriegsausbruch die für Deutschland ungünstigste Situation herbeigeführt.

*

S c h l u ß

Am 10. Juli 1914 hat Grey die Beziehungen der Großmächte noch dahin charakterisiert, daß die Großmächte über die Balkankrise hinweggekommen seien und daß die Beziehungen unter ihnen bedeutend besser seien, als irgend jemand es hätte voraussehen können. Das war nach dem Attentat von Serajewo, das am 28. Juni stattgefunden hatte, und dreizehn Tage vor der österreichischen Note (23. Juli), mit der die letzte Szene vor dem großen imperialistischen Weltringen begann.

Die Sieger haben dem besiegten Deutschland das Bekenntnis aufgezwungen, an der Entfesselung dieses größten aller Kriege in der Geschichte schuld zu sein. Die Formel dafür ist in Artikel 231 des Versailler Friedens gegeben, daß der Krieg den alliierten und assoziierten Regierungen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen worden sei, und ausgeführt in der Mantelnote vom 16. Juni 1919, daß Deutschland planmäßig den Weltkrieg vorbereitet, bewußt und absichtlich zum Ausbruch gebracht habe und daß zu diesem Zweck die Leitung der deutschen Politik sich den Versuchen des Ausgleichs entzogen habe, bis es zu spät war und der Weltkrieg unvermeidlich geworden sei, den die Leitung Deutschlands geplant habe und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig gerüstet und vorbereitet gewesen sei. Unbefangene historische Erkenntnis lehrt, daß diese Behauptungen gegen Deutschland falsch sind, daß vielmehr die Schuld am unmittelbaren Ausbruch des Krieges bei der russischen Generalmobil-machung liegt, und daß der Sieg der über jedes Bedenken hinweggehenden Kriegspartei in Petersburg möglich wurde, weil man in

Petersburg im letzten und entscheidenden Augenblick sicher war, daß England Frankreich militärisch unterstützen werde.

Im weiteren historischen Sinne ist zur Schuldfrage zu sagen, daß das Bismarcksche Bündnisystem, das den Frieden Europas erhalten hatte, zerfallen oder im Zerfallen war. Seit der Aufgabe des Rückversicherungsvertrages war dieses ganze System, wie es uns heute in den veröffentlichten Geheimverträgen überwältigend großartig vor Augen tritt, eines der wesentlichsten Grundsteine beraubt. Italien und Rumänien wurden immer unsicherere Genossen. Das Gleichgewicht schwand vollends, je mehr sich England auf die andere Seite legte. Nicht das russisch-französische Bündnis ist die eigentliche Keimzelle des Weltkrieges, sondern seine Ausdehnung zur entente cordiale, die durch das englisch-japanische Bündnis weltpolitisch gesichert war und deren tragende Idee die Umklammerung Deutschlands war. Dabei war Rußland seit 1904 wieder stärker geworden, während Italien immer leichter in der Schale des Dreibundes wog — hätte England wirklich die „balance of power“ erhalten wollen, so hätte es auf die Seite Deutschlands treten müssen.

Deutschland aber, in seinen Bündnisbeziehungen geschwächt und isoliert, durchkreuzte, während England und Rußland ihre Orientgegensätze ausglich oder vertagten, die Tendenzen sowohl Rußlands wie Englands im Orient. Mit dieser Orientpolitik geriet es, auf schwache Bundesgenossen, wie Österreich-Ungarn und die Türkei, gestützt, schließlich in die ungünstigste Situation für einen Krieg, die überhaupt denkbar war und die es durch seine beiden Kriegserklärungen sich noch verschlechterte.

In diesem Krieg ist Deutschland unterlegen. Sein Imperialismus war nach seiner inneren Begründung ebenso berechtigt wie der der anderen, der Engländer, Russen, Amerikaner, Japaner, Franzosen. In seinen Zielen indes konnte er bei der Lage Deutschlands bei weitem nicht so klar sein wie jene anderen Programme. Deutschland wollte und mußte an der neuen Verteilung der Welt über See teilnehmen, aber es hatte nach wie vor damit zu rechnen, daß sich in Europa wieder eine Koalition zu-

Sammenballte, die es zwang, um seine Stellung in Europa selbst auf Leben und Tod zu kämpfen. Der Imperialismus aller Rivalen hatte einen ausschließenden Charakter. Der deutsche wollte und konnte nur friedlich über die ganze Welt gehen, sich überall betätigen, wo die andern ihm freie Hand und offene Tür ließen, und er stieß so an allen Ecken an. Ostasien, die Südsee, Südamerika, Kleinasien, Nordwestafrika, überhaupt Afrika wechselten als Ziele der deutschen Weltpolitik miteinander ab. Nirgends ergaben sich dabei fest abgegrenzte Gebiete vorwiegend deutschen Einflusses, und so betätigte sich die überquellende wirtschaftliche Kraft Deutschlands auf der ganzen Welt. Überall trat es, und zwar erfolgreich, als Konkurrent auf. Überall wurde es für die älteren Rivalen unangenehm. Nirgends ergab sich eine fest fundierte Stellung, sondern nur eine Zersplitterung der überseeischen Interessen, die Deutschland so gut wie überall auf der Erde festlegte, die im Kriege außerordentlich empfindlich und verlustreich wirkte und die im Grunde einen konzentrierten deutschen Imperialismus ausschloß.

Man kann in ihm auch nur zwei eigentlich positive Hauptgedanken nennen: das ist der Bau der Flotte, mit dem man in einen unverföhnbaren Gegensatz zu England geriet, und das ist das deutsche Orientprogramm, mit dem Deutschland in einen Gegensatz sowohl zu England wie zu Rußland geriet.

Das Streben des deutschen Imperialismus war, es sei wiederholt, ebensogut begründet und ebenso berechtigt wie das der anderen, und die militärische Rüstung dafür war notwendig. Aber es fehlte Deutschland an der Erkenntnis der Lage, die sich gewandelt hatte und doch die alten Gefahren beibehielt. Besser: es fehlte vielleicht nicht an der Erkenntnis, es fehlte ein entschlossener Wille, eine Fähigkeit, in dieser Lage, in der die alten Bündnisbeziehungen ihren Wert immer mehr einbüßten und Deutschland auf unsicherer Grundlage von der Isolierung, der Einkreisung bedroht war, die feste Anlehnung zu finden, mit der man allein durch die Gefahrenzone hindurchkommen konnte. Seit 1890 hat die deutsche Außenpolitik sich darum bemüht, aber ohne Erfolg. Ein kleines Gespräch mit dem Staatssekretär von Jagow, das der Admiral

von Tirpitz am 6. August 1914 hatte, und das dieser in seinen „Erinnerungen“ aufzeichnet, kennzeichnet besser als jede langatmige Ausführung die völlig hoffnungslose Lage, in die die deutsche Politik, und zwar auch durch ihre Schuld, geraten war. Tirpitz fragt Jagow: „Konnten Sie nicht Rußland die Durchfahrt durch die Dardanellen und alles mögliche versprechen, um den Krieg zu verhindern?“ Jagow erwidert: „Wenn Sie uns ein kleines Flottenagreement mit England gegeben hätten, wäre der Krieg nicht nötig gewesen.“ —

Man glaubte früher, daß zwischen England und Rußland ein so gewaltiger Gegensatz um Asien bestehe, daß er nur in einem Weltkriege seine Lösung finden könnte. Man glaubte dann, daß ein ähnlicher Gegensatz zwischen Amerika und Japan zu gleichem Austrag führen müsse. Statt dessen ist der Weltkrieg zum Austrag zwischen England und Deutschland geworden. Und die allgemeinen Kräfte, die diesem Gegensatz zugrunde lagen, wurden schließlich stärker als die einzelnen Personen, die Widerstand leisten wollten. So ging das Zeitalter des Imperialismus oder diese Periode in ihm aus in dem Weltkriege an der Auseinandersetzung zwischen England und Deutschland, die sich einreicht in jene Kette säkularer Feindschaften und Kämpfe Englands und die, wie die vorhergehenden alle, mit Englands Siege geendet hat. Und so hat Friedjung ganz recht, wenn er in seiner Einleitung zum zweiten Band sagt, daß der Zusammenstoß des deutschen und des angelsächsischen Machtwillens die Voraussetzung des Weltkrieges sei, die deshalb den Hauptgegenstand seines Werkes bilde.

Damit lenken wir zu dieser Einleitung zurück. Heute soll die Zeit des Imperialismus vorbei sein. Die Gedanken des früheren amerikanischen Präsidenten Wilson oder andere internationale Weltideen sollen die Beziehungen der Staaten und Weltmächte anders regeln und Zusammenstöße der Machtwillen, wie der Weltkrieg einer war, unmöglich machen. Aber diese Weltideen haben keinen wirklichen Einfluß; auch die Frage der Abrüstung hat Bedeutung nur, wenn sie von den Bedürfnissen eines Machtstaates, wie Nordamerika, gestellt wird. Die imperialistischen Probleme und Kämpfe sind nicht

deshalb zu Ende, weil der deutsche Imperialismus zusammengebrochen ist. Durch den Kriegsausgang ist die Weltpolitik, noch bevor sie zu einer vollen Einheit verwachsen war, auseinandergerissen, aber in ihren Teilen und Kreisen arbeitet das alte imperialistisch-weltpolitische Streben weiter. Ein englisches Weltreich, ein französisches Weltreich, ein italienischer Großstaat, eine ungeheuer gestiegene Weltmacht Nordamerika, ein japanischer Weltstaat gehen auf den Bahnen weiter, die dieses Werk die Leser geführt hat. Was das Zeitalter des Imperialismus bisher charakterisierte: die Expansionskraft einer wachsenden Menschenmenge und ihr Verlangen nach Rohstoffgebieten, der Druck auf günstige Zugänge zum Meer, auf Häfen und Küsten und das Streben nach Herrschaft über die, wie man es genannt hat, Hochstraßen des Weltverkehrs, die Zusammenfassung der Glieder eines Volkstums, einer durch Abstammung, Sprache, Kultur gewordenen nationalen Einheit zu einer wachsenden staatlichen Macht, die gewaltige Erhöhung der staatlichen Macht, in der ein geistvoller Betrachter des Imperialismus das sinnfälligste ideelle Moment im Imperialismus sah, alle diese Momente, Kräfte, Tendenzen bleiben auch heute nach dem furchtbaren Gewitterschlag und vor dem gewaltigen Trümmerhaufen, den der Weltkrieg in Europa geschaffen hat, lebendig. Ob und wann sie einmal durch andere Kräfte, Ideen, Formen abgelöst oder grundlegend verändert werden, das wird kein Historiker zu prophezeien wagen.

Deutschland, zu spät gekommen, dann allzu rasch gewachsen, hat die ihm aufgezwungene imperialistische Machtprobe nicht bestanden. Die Hoffnung eines deutschen Historikers, der 1903 die imperialistische Idee in der Gegenwart behandelte, daß sich an die Fahne dieses Imperialismus der Segen auch für unser Volk heften möge, ist nicht erfüllt. Den deutschen Historiker von heute kann über den Jammer der deutschen Gegenwart und die Erniedrigung Deutschlands hinweg nur der Glaube an die unzerstörbare Lebenskraft seines Volkes aufrecht erhalten und die Überzeugung, daß das System der imperialistischen Kräfteverteilung, wie es der Ausgang des Krieges geschaffen hat, auf die Dauer nicht bleiben kann, daß das System der Pariser Friedensschlüsse von 1919/1920

zu einem ganzen Teil nur Episode sein wird. Friedjung hatte recht, wenn er den Entwurf zu seinem Schlußwort so schloß:

„Dieses Pariser Friedenswerk ist gewiß nicht der Abschluß, sondern nur ein Einschnitt, im besten Falle der Höhepunkt des Zeitalters des Imperialismus.“

